

Feuerwehr sucht Migranten

Neue Beilage „Interkultur“ zur Zeitung *politik und kultur* / Von Olaf Zimmermann

Im Oktober dieses Jahres titelte eine große Berliner Boulevardzeitung mit dem Aufmacher: „Feuerwehr sucht Migranten.“ In dem Artikel war zu lesen, dass sowohl bei der Freiwilligen als auch bei der Berufsfeuerwehr dringend Menschen mit Migrationshintergrund gesucht werden, die sich freiwillig engagieren oder den Berufsweg des Feuerwehrmanns wählen.

Ein anderes Beispiel: in Kindertagesstätten und Schulen sollen verstärkt Erzieher oder Lehrer mit Migrationshintergrund eingestellt werden, damit Kinder und Jugendliche positive Vorbilder haben. Ebenso wie die Feuerwehr gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund anspricht, macht es die Polizei. Auch hier werden händierend Bewerber mit Migrationshintergrund gesucht. Das ist die eine Seite.

Die andere ist, dass Kinder mit Migrationshintergrund häufiger als ihre Mitschüler ohne diesen Hintergrund zu den leistungsschwächeren Schülern gehören, dass weniger Schüler mit Migrationshintergrund das Gymnasium besuchen und anschließend studieren. Insbesondere Jungen mit Migrationshintergrund werden oft zu den schulischen Problemgruppen gezählt.

Wie passen diese beiden zunächst gegensätzlich erscheinenden Befunde zusammen? Sie gehören enger zusammen, als es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Durchbruch: Debatte um das Zuwanderungsgesetz

Die in der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags (1998 bis 2002) geführte Debatte um das Zuwanderungsrecht kann mit Fug und Recht als ein Durchbruch in der Diskussion um Migration in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden. Nicht zuletzt die Arbeit der von der ehemaligen Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süsmuth geleiteten Zuwanderungskommission hat wesentlich zu einer fundierteren Debatte um Zuwanderung beigetragen. Hier wurde aufgezeigt, welche Defizite in der Integrationspolitik bestehen und dass eine schrumpfende Gesellschaft wie die deutsche auf Zuwanderung angewiesen ist.

Der Eklat im Bundesrat bei der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes und die mahnenden Worte des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau machten einmal mehr deutlich, dass es sich um kein fachpolitisches sondern um ein gesamtgesellschaftliches Thema handelt.



Ayşe Erkmen: Gezeiten, 2008. Sicherheitsgurte aus Polyester, Metallspanner, Podeste aus Metall für Monitore und DVD-Player. Ayşe Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin, Foto: Jens Ziehe

Es ging letztlich um die Frage, wie sich die Mehrheitsgesellschaft zu den Menschen stellt, die teilweise bereits seit Jahrzehnten in Deutschland leben oder die hier geboren wurden, die dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, auch ohne die deutsche Staatsbürgerschaft zu haben.

Die Diskussion um das Zuwanderungsgesetz setzte einen Schlussstrich unter die Vorstellung, dass die sogenannten Gastarbeiter im Alter in ihre Heimat zurückkehren. Es wurde deutlich, dass Integration eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft ist. Der im vergangenen Jahr stattgefundene Integrationsgipfel sowie die Islamkon-

ferenz bauen letztlich auf den Prämissen auf, die durch die Diskussion um das Zuwanderungsrecht getroffen wurden.

Weniger, älter, bunter

Der sich in den letzten Jahren eingebürgerte Slogan „Weniger, älter, bunter“ beschreibt zwei eng miteinander verbundene gesellschaftliche Entwicklungen. Zum einen schrumpft die bundesdeutsche Bevölkerung insgesamt. Die Geburten- und Sterberate sind in keinem ausgeglichenen Verhältnis mehr. Das Weniger an Bevölkerung

betrifft die verschiedenen Regionen Deutschland auf sehr unterschiedliche Weise. Einige Regionen Ostdeutschlands sind in besonderer Weise vom demografischen Wandel betroffen. Zum einen weil weniger Kinder geboren werden, zum anderen weil insbesondere junge Frauen von dort wegziehen, da für sie in ihren Heimatorten nur wenige beruflichen Perspektiven bestehen.

Aufgrund des demografischen Wandels wird die Gesellschaft insgesamt älter, d.h. der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt. Auch dieses Phänomen tritt wie in einem Brennglas in einigen Regionen Ostdeutschlands bereits jetzt schmerzhaft sichtbar auf. Dörfer, in denen nur noch wenige Alte, einsam und verlassen, leben, sind bedrückende Orte des Siechtums.

Bunter wird die Gesellschaft, weil angesichts der sinkenden Zahl an Menschen ohne Migrationshintergrund die wachsende Zahl derer, die einen Migrationshintergrund haben, deutlicher ins Gewicht fällt. Diese veränderte Bevölkerungszusammensetzung ist vor allem in Ballungsräumen anzutreffen. Hierzu gehören die traditionellen Industriegebiete wie der Rhein-Neckar-Raum oder auch das Ruhrgebiet, aber auch die Großstädte wie Berlin und Hamburg.

Allein dieser Befund „Weniger, Älter, Bunter“ lässt es erforderlich erscheinen, dass den Menschen mit Migrationshintergrund mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es handelt sich hier nicht um eine kleine Minderheit, sondern um einen wachsenden Bevölkerungsanteil.

Kultur als Schmiermittel für den Dialog

Im Kulturbereich ist die Diskussion zur veränderten Bevölkerungszusammensetzung gleich in mehrfacher Hinsicht kompliziert.

Zu den Bildern dieser Beilage

In Berlin Kreuzberg in der Oranienstraße 18, gleich beim Heinrichplatz, leuchten seit 1994 von einer Häuserfront 40 türkische Buchstabenfolgen, ausgestanzt aus schwarzem Plexiglas: -müs, -misiz, -müsüm, diese und weitere Buchstabenfolgen, die am Kreuzberger Haus zu lesen sind, sind türkische Wortendungen, Wortfragmente, die aus sich heraus keine Bedeutung haben. Nur am Ende eines Satzes und als Attribut vor einem Wort stiften sie Sinn. Sie müssen folglich ergänzt werden. Ohne Ergänzung keine Bedeutung. Verwendet man im Türkischen diese Endungen, dann ist damit eine besondere Erzählform gewählt – eine Form des Vielleichts, denn der Erzähler hat das Erzählte, welches in der Vergangenheit erlebt wurde, nicht selber erlebt, sondern nur erzählt bekommen. Die türkischsprachigen Bewohner Kreuzbergs werden die Wortfragmente als Teil ihrer Sprache erkennen, ihnen ohne Bezug aber keinen Sinn zufügen können. Diejenigen, die kein Türkisch sprechen, werden allen-

falls erkennen, dass es sich dabei um grammatikalische Suffixe handelt. Die Installation „Am Haus“ stammt von der Künstlerin Ayşe Erkmen, die diese im Zuge einer Ausstellung dort anbrachte und die den Bewohnern so gut gefielen, dass sie nun dauerhaft an der Fassade zu sehen sind.

Ayşe Erkmen wurde 1949 in Istanbul geboren. Dort studierte sie Bildhauerei an der Staatlichen Kunstakademie. Im Jahr 1993 kam sie mit einem DAAD-Studium nach Berlin und lebt seither sowohl in Berlin als auch in Istanbul. Eine Künstlerin zwischen zwei Welten. Dies macht sich auch in ihren Bildern bemerkbar. Ihre Werke kreisen immer wieder um das Thema Raum: sei es von innen nach außen, als Ort des Willkommenheißen, der Nachahmung, oder der Geschichte eines Raumes. Wie Britta Schmitz in dem Katalog zu Erkmens Ausstellung im Berliner Hamburger Bahnhof erklärt, versucht die Künstlerin nicht zu dekonstruieren. Im Gegenteil, sie sucht das Verbindende, die Verknüpfung von Dingen und Orten. So sind viele ihrer Arbeiten

ein Zitat auf ein vorhergehendes Anderes, in dem Elemente und Themen immer wieder aufgenommen werden.

In dieser Beilage werden Bilder von acht ihrer Werke gezeigt, die noch bis zum 11. Januar 2009 im Hamburger Bahnhof in Berlin zu sehen sind. Darunter befindet sich das „Netz“ aus dem Jahr 2006, ein Baumwollnetz aus Kleidungssetiketten, die das Monogramm der Künstlerin tragen, oder die Videoinstallation „Emre&Dario“, in der Erkmen einen Mann auf französisch über die Schönheit Istanbuls singt lässt.

Neben dem Besuch der Ausstellung im Berliner Hamburger Bahnhof gibt es die Möglichkeit, Erkmens Werke auch im öffentlichen Raum in Berlin zu betrachten. Die Veranstaltung „Unterwegs zu Ayşe Erkmen“ führt vom Max Liebermann Haus am Pariser Platz über das Heizkraftwerk Mitte bis hin zum Heinrichplatz in Berlin Kreuzberg.

DIE REDAKTION ■

➔

Fortsetzung von Seite 1

Feuerwehr sucht Migranten

Kunst und Kultur werden oftmals als ein Mittel der Verständigung beschworen. Die Kunst soll dazu dienen, Brücken zu schlagen, insbesondere gemeinsames Musizieren soll einen Beitrag dazu leisten, dass Menschen sich untereinander besser verstehen. Kunst und Kultur als Schmiermittel für den Dialog. Doch ist es so einfach? Ist Kultur nicht vielmehr auch das Trennende? Leben Kunst und Kultur nicht aus Traditionen, in denen gesellschaftliche Werte und Normen transportiert werden? In der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ wurde länger und erbitterter über die Präambel gestritten als über so manche Handlungsempfehlung bei der es um die gesetzlichen Rahmenbedingungen ging. Und das nicht etwa aus Nachlässigkeit den Rahmenbedingungen gegenüber, sondern vielmehr aufgrund der Schwierigkeit die Arbeit in die abendländische Tradition in Deutschland auf der einen Seite einzuordnen und der Gewissheit, dass zum kulturellen Leben heute auch die Kultur der Migranten mit einem teilweise ganz anderen Hintergrund gehört. Bei den Handlungsempfehlungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen musste zwischen verschiedenen Alternativen abgewogen, in der Präambel musste eine Position bezogen werden. Diese dingfest zu machen und auf Papier zu fixieren, war keine leichte Aufgabe. Das Goethe Institut hat sich zur Aufgabe gemacht, nicht mehr nur deutsche Kultur im Ausland zu zeigen, sondern Kultur aus Deutschland. Das ist keine sprachliche Spielerei, sondern ein klares Bekenntnis dazu, dass Kultur in Deutschland von Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft gemacht wird und dass diese Kunst Deutschland im Ausland repräsentiert. Gerade Künstlern mit Migrationshintergrund haftet schnell der Status des Exoten an. Die Werke werden nicht um ihrer selbst willen rezipiert, sondern weil es sich um Werke von Migranten handelt. Dass damit wiederum eine Gradwanderung der Ausgrenzung beginnen kann, müsste stärker reflektiert werden. Wenn ein Film, ein Theaterstück, ein Buch, ein Bild vor allem deshalb interessant ist, weil es von einem Künstler mit Migrationshintergrund stammt, liegt auch eine Form von Diskriminierung vor. Künstler mit Migrationshintergrund beklagen häufig und meiner Ansicht nach mit Recht, dass ihre Kunst nicht ernst genommen würde. Von ihnen werden folkloristische Arbeiten erwartet und eben kein Beitrag zur zeitgenössischen Kunst.

Leerstelle Kulturelle Bildung

Die herausragende Bedeutung der kulturellen Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen wird immer wieder betont. Verschiedene, bundesweit propagierte Projekte werden immer wieder als Beleg angeführt, um zu zeigen, dass kulturelle Bildung einen Beitrag zur Integration von Kindern und Jugendlichen leisten kann, sei es, dass sie aufgrund ihres Migrationshintergrunds nicht integriert sind oder weil sie aus „bildungsfernen“, oftmals sozial schwachen Familien kommen. Solche Projekte sind wichtig und richtig, um für das Thema zu sensibilisieren und zu unterstreichen, dass kulturelle Bildung positive Wirkungen zeigt. Langfristige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen können solche „Projekt-Eintagsfliegen“ aber nicht leisten. Hierfür sind verlässliche Strukturen erforderlich. Diese Strukturen sind zwar teilweise in der außerschulischen kulturellen Bildung vorhanden, sie werden von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bislang aber noch unterdurchschnittlich genutzt. Die bestehenden Angebote an kultureller Bildung erreichen offensichtlich Menschen mit Migrationshintergrund noch zu wenig, von einzelnen davon abweichenden Maßnahmen abgesehen. Und dieses obwohl inzwischen auch von den Einrichtungen der kulturellen Bildung selbst anerkannt wurde, dass hier eine Leerstelle besteht, die geschlossen werden müsste.

Bedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung

Der Deutsche Kulturrat wird sich in den kommenden drei Jahren in einem neuen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ mit der Frage befassen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit eine nachhaltige interkulturelle Bildung gelingen kann. Der Deutsche Kulturrat will mit diesem Vorhaben

das Thema Integration und interkulturelle Bildung dauerhaft in der kulturpolitischen Debatte verankern. Er sucht den Austausch mit den Migrantenselbstorganisationen und will zunächst gemeinsam eruieren, welche Bedeutung interkulturelle Bildung für diese Organisationen hat, um dann auf dieser Folie gemeinsam zu diskutieren, wie eine gelingende interkulturelle Bildung aussehen könnte. Bislang ist es so, dass die Migrantenselbstorganisationen an solchen Prozessen noch zu wenig beteiligt sind. Meist wird mehr über Migranten als mit ihnen bzw. ihre Vertretungen gesprochen, der Deutsche Kulturrat will diese „Sprachlosigkeit“ aufbrechen helfen. Am Schluss des Konsultationsprozesses sollen gemeinsame Empfehlungen für gelingende nachhaltige interkulturelle Bildung stehen. In diesem Vorhaben sucht der Deutsche Kulturrat auch das Gespräch mit Bundesverbänden

anderer Bereiche, wie den Sport, die Kirchen, die Sozialverbände, die bereits Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen gesammelt haben und mit ihnen bereits in einem Dialog stehen. Ebenso sollen gelungene Projekte interkultureller Bildung vorgestellt werden. Hier wird die Frage zu stellen sein, inwiefern diese Vorhaben übertragbar auf andere Situationen sind und ob sich hieraus Antworten auf die Frage gewinnen lassen, welche Strukturbedingungen eine nachhaltige interkulturelle Bildung braucht.

Beilage „Interkultur“

Bis Ende des Jahres 2011 werden pro Jahr drei Ausgaben der Beilage „Interkultur“ zur Zeitung *politik und kultur* erscheinen. In den Beilagen sollen Vertreter von Verbänden, Künstler und Projektverantwortliche zu Wort kommen.

In dieser ersten Ausgabe der neuen Beilage berichtet Max Fuchs über eine Studie aus Kanada zur interkulturellen Bildung, Barbara Gessler stellt die europäischen Aktivitäten im Jahr des interkulturellen Dialogs vor. Kristin Bäßler berichtet von den nationalen Maßnahmen im Rahmen dieses Jahres des interkulturellen Dialogs. Erik Bettermann informiert über die Deutsche Welle als einen Sender, der in besonderem Maße dem interkulturellen Dialog verpflichtet ist und Imre Török gibt Auskunft über die Arbeit von Schriftstellern mit Migrationshintergrund. Die Beiträge vermitteln einen Eindruck von der Vielschichtigkeit des Themas. Die kommenden Ausgaben werden die Gelegenheit bieten, das Thema weiter auszuleuchten.

DER VERFASSTER IST HERAUSGEBER VON POLITIK UND KULTUR SOWIE GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■



Ayşe Erkmen: no time/no flower, 2008. Metall, Acryllack beschichtet. Ayşe Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin, Foto: Jens Ziehe

Risse im Paradies?

Integrationsprobleme in Kanada und eine politische Antwort / Von Max Fuchs

Bei jeder Debatte über Integrationsprobleme in Deutschland, über Sprachbarrieren, PISA-Ergebnisse, Einwanderung oder Kopftücher kommt früher oder später der Verweis auf Kanada, das bei jedem dieser Probleme offenbar eine Modellfunktion erfüllt. „Weltmeister der Integration“ ist folgerichtig die Überschrift eines großen Artikels in der ZEIT vom 21. 08. 2008, in dem über den Träger des diesjährigen Carl-Bertelsmann-Preises (150.000 €), den Toronto District School Board, berichtet wird. Gesucht wurden Schulen, die Vorbildliches bei der Unterstützung von Kindern aus Zuwanderungsfamilien leisten. Toronto schien dafür ein guter Ort zu sein. Denn die Hauptstadt der Provinz Ontario nimmt den eigenen programmatischen Slogan ausgesprochen ernst: World Leader in Equity.

Doch stimmen auch die Rahmenbedingungen in Kanada: Seit 1971 ist Multikulturalismus offizielle Regierungspolitik, seit 1972 gibt es einen entsprechenden Staatsminister, seit 1977 gibt es mit der Verabschiedung des kanadischen Menschenrecht-Gesetzes eine verbindliche rechtliche Grundlage, um gegen jede Form von Diskriminierung einschreiten zu können. Kanada ist ein Einwanderungsland, wobei sich allerdings die Daten der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung heute kaum noch von der Situation in deutschen Städten unterscheiden. Ein riesiger Unterschied bestand allerdings in den letzten 35 Jahren in der offensiven Integrationspolitik. All dies weiß man, weshalb die Nachricht über den Bericht einer Kommission mit dem Untertitel: „Zeit zur Versöhnung“ aufhorchen lässt. Worum geht es? Und wieso ist eine Versöhnung nötig? In der französischsprachigen Provinz Quebec – gleich neben Ontario gelegen – hat es in den vergangenen Jahrzehnten eine wachsende Anzahl von Konflikten gegeben, bei denen es um das Recht auf die Ausübung spezifischer religiöser Praktiken ging. Zwar waren es in den letzten Jahren vor allem die auch hierzulande bekannten Probleme von Kopftüchern bei Schülerinnen und Lehrerinnen oder der Befreiung vom Schwimmunterricht muslimischer Mädchen. Doch gab und gibt es neben diesen mit dem Islam verbundenen Problemen auch etliche Konflikte mit den christlichen Religionen und dem Judentum, und diese offenbar in wachsender Zahl: Die Einhaltung des Sabbats als Feiertag, Sonntagsarbeit bei Katholiken oder die Errichtung einer Synagoge. Seit 2002 nehmen zwar mit dem Islam verbundene Probleme zu, doch bleiben auch die Probleme mit den anderen Religionen bestehen. Insgesamt geht es also um eine Reflexion und ggf. Neujustierung der Verhältnisse zwischen den Religionen insgesamt und ihrer Rolle in der Öffentlichkeit und dem Staat. Dabei ist auch das Bildungswesen stark betroffen – wenn es etwa um die Einrichtung eines Gebetsraumes in der McGill-Universität in Montreal geht. Es geht aber auch um Stadtentwicklung und Arbeitsrecht, es geht um die Berücksichtigung von religiösen Essensgeboten und um die Aufzugsbenutzung am Sabbat. Es waren offenbar insbesondere die Medien in der Provinz Quebec, die diese Fragen immer wieder vehement aufgriffen und das Verhältnis Religion – Staat und die Beziehungen zwischen unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen thematisierten.

Dies war der Hintergrund für die Einberufung einer hochrangigen Kommission durch die Regierung von Quebec, die aus zwei renommierten Wissenschaftlern bestand: dem Politikwissenschaftler Gérard Bouchard und dem Philosophen Charles Taylor. Das Mandat: Bestandsaufnahme der integrationspolitischen Maßnahmen und der Unterstützungsprogramme in Quebec unter Einbeziehung ausländischer Erfahrungen und die Formulierung von Empfehlungen. Charles Taylor ist dabei in Deutschland wohlbekannt als prominenter Vertreter des so genannten „Kommunitarismus“, einer Gegenbewegung gegen den Philosophischen Liberalismus in Anschluss an John Rawls, die der sozialen Gruppe und Gemeinschaft – eben der community – die Priorität gegenüber dem autonomen Individuum gibt. Taylor hat eine hoch beachtete Monographie über Hegel geschrieben, wichtige Beiträge zum Multikulturalismus verfasst, war (mit Doris Lessing und anderen) Mitbegründer der New Left Review und bekennt sich offen und



Ayşe Erkmen: Emre & Dario, 1998. Video Still: DVD (PAL), Farbe, Ton, 00:00:17 Min., Ayşe Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin

kämpferisch zum Katholizismus. Die Kommission bekam hinreichend Zeit und Geld, um zum einen eine Bestandsaufnahme und Analyse der religiös bedingten Konflikte seit 1985 vorzunehmen und zudem Handlungsvorschläge für die Politik zu entwickeln. Bei dem Vorgehen der beiden Kommissionsmitglieder spielte die Herstellung von Öffentlichkeit eine entscheidende Rolle. So gab es eine Reihe öffentlicher Anhörungen, die im Fernsehen live übertragen wurde und es wurden in 17 Städten gut besuchte Veranstaltungen durchgeführt, an der zahlreiche Menschen teilnahmen und ihre Vorstellungen einbrachten. Der Abschlussbericht (*"Building the Future. A Time for Reconciliation"*; findet man als Kurz- und als Langfassung leicht im Netz) liegt seit Mai 2008 vor und wird seither heftig debattiert. Es werden Begriffe wie „accommodation“ (hier i. S. von Integration) als „Gleichheit in der Differenz“ oder Interkultur definiert und immer wieder Beispiele aus dem Ausland zugezogen. Es lohnt daher die Lektüre des Berichtes als Ganzes, hier sollen jedoch nur einzelne Empfehlungen vorgestellt werden. Die Zeitung „The Gazette“ (22.05.2008) brachte die Ergebnisse auf eine Kurzform: Das Kreuzifix ist out. Der Hijab ist in. In der Tat weist der Bericht immer wieder auf strukturelle Diskriminierungen von Minderheiten hin, wenn kulturelle Werte der Mehrheitsgesellschaft – etwa christliche Symbole – in staatlichen Kontexten ganz selbstverständlich genutzt werden, obwohl die Verfassung eine Trennung von Kirche und Staat vorschreibt. Im Hinblick auf die öffentliche Sichtbarkeit religiöser Symbole wird jedoch dazu ermutigt, entsprechende Kopfbedeckungen (Turban, Kopftuch, Schleier, Kippa etc.) bei Schülern zuzulassen, allerdings strengste Neutralität in formellen Situationen und in staatlichen Einrichtungen anzulegen (Gebete bei Parlaments-sitzungen, Kreuzfixe in Gerichtssälen etc.). Der Bericht stellt sich bewusst in eine Quebecer Tradition des Interkulturalismus und erinnert in 37 Empfehlungen nur daran, diese auch unter aktuellen Bedingungen umzusetzen. Der Leitbegriff ist der des „offenen Säkularismus“, der für strikte Neutralität in staatlichen Kernbereichen ebenso plädiert wie für eine größtmögliche öffentliche Sichtbarkeit religiöser Symbole. Der Bericht fordert ein (erneutes) klares Bekenntnis zur interkulturellen Tradition von Quebec, eine Anerkennung der Fähigkeiten von Zuwanderern – etwa deren Kompetenz in ihrer Muttersprache –, eine bessere Koordinierung der unterschiedlichen Unterstützungsprogramme, eine deutliche Unterstützung des Erlernens der Landessprache, der Einbezug der organisierten Zivilgesellschaft

und der Wirtschaft, die angemessene Berücksichtigung ethnischer Minderheiten im Beamtenapparat.

Dabei lassen die Autoren keine Unklarheit darüber, dass die erarbeiteten und erkämpften Werte einer modernen Demokratie (Gewissensfreiheit, Gleichheit, Diskriminierungsverbot etc.) nicht zur Disposition stehen dürfen. Sie appellieren immer wieder an die Menschen von Quebec, sich an ihre eigenen Erfahrungen, zu einer Minderheit zu gehören, zu erinnern: an Ausgrenzung, Entwurzelung und Missachtung. Dies sollte eine Basis für Solidarität mit den neuen Zuwanderern sein.

Was ist von diesem Bericht für deutsche Verhältnisse übertragbar?

Übertragbar ist der Mut, eine unabhängige Kommission von nicht-weisungsgebundenen anerkannten Wissenschaftlern zu beauftragen,

bei denen man nicht wissen konnte, wie sie mit der aktuellen Politik umgehen würden. Übertragbar ist das Verfahren, bei dem gezielt eine große Öffentlichkeit hergestellt wurde und die Erfahrungen vieler Menschen und Institutionen mit Problemen und Erfolgen bei der Integration systematisch gesammelt werden.

Unterschiedlich ist natürlich die historische Voraussetzung: Deutschland ist auf spezifische Weise als Nation entstanden, bei der zwar auch heftige Völkerbewegungen eine Rolle spielten. Es wurde jedoch nicht von Menschen aus anderen Kontinenten, die dabei die Ureinwohner verdrängten, gebildet. Daher entfällt bei weiten Teilen der Bevölkerung der Quebecer Bezug auf gemeinsame Entwurzelungserfahrungen. Diese könnten allerdings bei der Gruppe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die inzwischen in Deutschland einen wachsenden Anteil ausmachen, eine wichtige Rolle spielen. Bedenkenswert – gerade angesichts der immer wieder aufflackernden Debatte über eine Leitkultur – ist das Konzept des offenen Säkularismus. Dabei wäre ein Diskurs herbeizuführen, welches diejenigen Bereiche des Staates sind, die völlig neutral sein müssen, und welches diejenigen Bereiche sind, in denen man sogar das Sichtbarmachen von Religion unterstützen muss (z.B. Bau von Synagogen oder Moscheen, aber auch das Tragen von Kopfbedeckungen). Wichtig scheint mir zudem zu sein, die stets, oft allerdings verdeckte Präsenz von kulturellen Orientierungen der Mehrheitsgesellschaft in Kontexten, in denen dies – etwa aufgrund der religiösen Neutralität des Staates – nicht gestattet sein sollte. Solche Phänomene lassen sich durchaus in Kategorien von kultureller und struktureller Gewalt (Johan Galtung) diskutieren. Mit dem Nationalen Integrationsplan (NIP) hat die Bundesregierung dabei einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Vieles ist jedoch noch zu defensiv formuliert und zu sehr auf wenig kontrollierbaren Selbstverpflichtungen aufgebaut. Problembereiche und mangelhafte Rahmenbedingungen, die der Gesetzgeber durchaus verändern könnte, wurden von der Opposition bei der letzten Bundestagsdebatte vorgetragen. Auch sind Idee und Konzept des NIP noch zu wenig in der Öffentlichkeit bekannt. Immerhin macht das kanadische Beispiel Mut: Integrationspolitik ist offensichtlich niemals zu Ende und eventuelle Erfolge gelten immer nur für eine bestimmte Zeit. Auch ausgewiesene Erfolgsländer müssen sich immer wieder aufs Neue mit Misserfolgen und Problemen befassen. Immerhin ist in Deutschland endlich ein starker Anfang gemacht.

DER VERFASSER IST VORSITZENDER DES
DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Die Commission on Accommodation Practices empfiehlt der Regierung,

1. Projekte und Initiativen zu fördern, die den ethnischen Minderheiten die Möglichkeit geben, sich bei der Öffentlichkeit durch Radio oder Fernsehprogramme, Thementage und ähnlichem, weiter stärker Gehör zu verschaffen.
2. Ihre Bemühungen zu verstärken, um den zivilgesellschaftlichen Rahmen, oder wie wir es genannt haben, die Gemeinnützigkeit in Institutionen und zwischen den Quebecern im Allgemeinen zu fördern.
3. Ein Büro für interkulturelle Annäherung zu etablieren. Diese zwischenstaatliche Institution sollte dem Rat für interkulturelle Beziehungen Bericht erstatten und mit anderen Akteuren aus benachbarten Feldern zusammenarbeiten. Diese Institution würde insbesondere in Hinblick auf Informationen, Weiterbildung, Koordination, Beratung und Forschung im Bereich interkultureller Annäherung sowie interkonfessioneller Bemühungen in unserer Gesellschaft eine Rolle spielen.
4. Die Finanzausstattung des Gemeinwesens und anderen Dachorganisationen zu erhöhen, um Migranten anzusprechen und zu integrieren, besonders auch, um die bestehenden Netzwerke und Organisationen zu stärken und fragmentarische und eine allmähliche Annäherung zu vermeiden. Dies soll einem ernsthaften und bereits erkennbaren Defizit entgegen wirken.
5. Alle Formen des interkulturellen Kontaktes zu befördern, um Stereotypen abzubauen und Partizipation und Integration in der Bevölkerung Quebecs zu pflegen.
6. Einen multikonfessionellen Kalender, der die Daten der religiösen Feiertage verzeichnet, anzufertigen und an die Bevölkerung zu verteilen.

Aus: Gérard Bouchard und Charles Taylor: Building the Future. A Time for Reconciliation. REPORT.
Übersetzung Kristin Bäßler.

Zwischen Melonen und Kulturen

Ist die „Gastliteratur“ in den deutschen Literaturbetrieb integriert worden? / Von Imre Török

„Überall bin ich der Fremde. Ich wünsche mir so sehr, alles zu umarmen. Aber alles entgleitet mir.“ Sätze eines deutschsprachigen Literaten nicht-deutscher Herkunft. War er ein Verfasser von Ausländer- oder Gastarbeiterliteratur? Von polynationaler, multikultureller oder interkultureller Literatur? Ein Schriftsteller der Betroffenheit, der Fremde, der Migration?

Die meisten dieser zeitgenössischen Bezeichnungen könnten treffend und wahr sein. Und doch führen sie auf einen Holzweg. Etwa wie die Märchen des „einzigen Kaffeehausgeschichtenerzählers Deutschlands“. Der heißt Jusuf Naoum, ein gebürtiger Libanese, dessen Stories in Beirut und Bagdad ebenso wie in Washington und Berlin spielen. Jener andere Fremde aber, der alles umarmen wollte, floh rund zwei Jahrhunderte früher aus seiner Heimat Frankreich nach Preußen, erlangte 1814 Weltruhm mit „Peter Schlemihls wundersame Geschichte“ und ist unter seinem Künstlernamen Adelbert von Chamisso bekannt. Zurück in die Jetztzeit. Die Dresdner Poetikdozentur wird von Trägern des renommierten Chamisso-Preises der Robert Bosch Stiftung bestritten: Yüksel Pazarkaya, Carmine Gino Chiellino, Adel Karasholi, Ilma Rakusa. Türkische, italienische, syrische, ungarisch-slowakische oder deutsche Literaten? Hat die literarische „Hochzeit der Kulturen“ (Pazarkaya) tatsächlich stattgefunden? Oder kann man, so der Schriftsteller Rafik

Schami in einem Interview Ende 2004, „nie zwei Wassermelonen in einer Hand tragen“? Arbeitskräfte aus dem Ausland brauchte das deutsche Wirtschaftswunderland, doch es kamen Menschen. Und nicht nur das, sie schrieben sogar. Manche mehr als nur Briefe in ihre Heimatländer. Schrieben Lyrik und Prosa, in der und sehr wohl für die fremde „kalte“ Heimat. Man sprach zunächst, bei den ersten Deutschschreibern fremder Zunge, von Gastarbeiterliteratur oder Literatur der Betroffenheit. Heute leben an die 400 Vertreter der noch oft so genannten „Ausländerliteratur“ in Deutschland, bevorzugt bezeichnen sie sich als interkulturelle Schriftsteller. Wegmarken einiger der Betroffenen: Der heutige Schriftsteller und Diplompsychologe Franco Biondi kam aus Italien, arbeitete seit 1965 zunächst als Chemie- und Fließbandarbeiter in Deutschland. Ab 1970 begann er zu schreiben, war 1980 Mitbegründer der Literaturgruppe „südwind gastarbeiterdeutsch“, Mitinitiator des „Polynationalen Literatur- und Kunstvereins (PoLiKunst)“, der die Interessen von Schriftstellern der Migration vertrat. In den achtziger Jahren erhielt Biondi die Ehrengabe der Bayerischen Akademie der Schönen Künste und wurde mit dem Adelbert von Chamisso-Preis ausgezeichnet. Auch der aus Syrien stammende Rafik Schami engagierte sich bei „südwind“ und „PoLiKunst“, stritt für die Eigenart einer zwischen den Kulturen beheimateten Literatur. Sein poetisches Werk ist mittlerweile vielfach preisgekrönt, mit dem Adelbert

von Chamisso-Preis, dem Hermann Hesse-Preis, dem Prix de Lecture, dem Thaddäus Troll-Preis, dem Hans Erich Nossack-Preis. Der aus Italien stammende Lyriker und Essayist Carmine Gino Chiellino, heute Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Augsburg, zählt ebenfalls zu den Mitbegründern von „PoLiKunst“, der allerdings nur von 1980 bis 1987 aktiv war. Chiellino hat sich auf die Kultur der Migration konzentriert und das Standardwerk „Literatur und Arbeitsmigration“ (Metzler, 1995) herausgegeben. Er sagt, dass die Hoffnung vieler gehört zu werden, sich nicht erfüllt habe. Seine Ansicht begründet er damit, dass „die Sprache der Gastgesellschaft nicht vorbereitet ist, um Fremde aufzunehmen. Es ist eine Sprache, die eigentlich nur die deutsche Kultur in sich trägt.“ Zeigen die genannten Beispiele, die Poetik-Dozenturen und Auszeichnungen, nicht gerade das Gegenteil, dass nämlich die „Gastliteratur“ (Chiellino) sehr wohl in den deutschen Literaturbetrieb integriert ist? Die Frage zielt auf einen wunden Punkt, der seit Jahrzehnten diskutiert wird. Bei den Literaturtagen in Sindelfingen 1985 war ich Mitorganisator, ein Themenschwerpunkt hieß „Deutsche Literatur in einem fremden Land“. Rafik Schami, Sinasi Dikmen, José Oliver, Zacharias Mathioudakis u.a. nahmen teil. Heftig diskutiert wurde in jener Zeit über sprachliche Normen und Freiheiten. Dikmen etwa wollte in seinem literarischen Schreiben seine türkische Denkweise bewahrt wissen, ließ deshalb Ausdrucksfehler nicht korrigieren. Mancher empfand

Stilkorrekturen von Lektoren gar als deutsches Obrigkeitsdenken. Verbunden mit sprachlichen Aspekten wurde so auch die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz und der Möglichkeit der Gesellschaftskritik in einer Literatur der Fremdheitserfahrung gestellt. Spielt diese Sichtweise, die Schau von innen und gleichzeitig von außen, heute noch eine prägende Rolle? Oder sind Wogen geglättet und die „Ausländerliteratur“ integriert worden? Damals in Sindelfingen las Keko einen bissig ironischen Text über Deutschland, über die „Ureinwohner des Wiwulandes“. Seine Geschichte „Ach wie gut, dass jeder weiß, dass auch ich Kanake heiß!“ löste bei der kleinen, aufgeschlossenen Zuhörerschaft verhaltene Heiterkeit und nachdenkliche Betroffenheit aus. Eine beachtliche öffentliche Resonanz gab es nicht, Gleichgesinnte dies und jenseits des Lesetischs waren und blieben weiter unter sich. Keine zwanzig Jahre später ist regelmäßig eine Kolumne in der BILD-Zeitung zu lesen, unter dem Titel „Voll krass Kanakisch“, und der Einheimische amüsiert sich köstlich. Worüber eigentlich? Türkendeutsch ist angesagt, weisstu, Mann! Mehr von den klischeebehafteten Persiflagen z. B. in dem Buch „Wem is dem geilste Tuss in Land? Märchen auf Kanakisch un so“, aus der Feder des voll krass Kolumnisten Michael Freidank. Nicht dass ich sauertöpfisch erscheinen will. Ich



Ayşe Erkmen: Chambal, 1999. Video Still: DVD (PAL), Farbe, Ton, 00:00:14 Min., Loop, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin

➔ Fortsetzung von Seite 4

schmunzele bei den Comedykünstlern Dragan und Alder auch. Aber die Frage sei erlaubt, ob das die einzigen Ziele waren, die mein Schriftstellerfreund Dikmen und all die andere Kollegen erreichen wollten?

Es gibt natürlich poetischere, anspruchsvolle Töne in Kanakien der Enkelgeneration von Aras Ören. Feridun Zaimoglu, 1964 im anatolischen Bolu geborenen, Mannheimer Theaterdichter, Chamisso-Preisträger 2004, hat das Buch „Kanak Sprak“ (Rotbuch, 1995) geschrieben. Diskriminierung von Minderheiten ist in den Büchern von Zaimoglu nach wie vor ein vorrangiges Thema. Mit „Kanak Sprak“ ist er zum Kultautor geworden. Und türkischstämmige Jugendliche verwenden das Schimpfwort „Kanake“, so die Sprachwissenschaftlerin Inken Keim vom Institut für deutsche Sprache in Mannheim, längst selbstbewusst für sich selbst.

Was also gibt es in Sachen Migrantenliteratur noch zu kritteln und zu meckern, Herr Kanake aus dem Ungarnland (Török heißt übersetzt Türke)? Welchen wunden Punkt gäbe es doch noch zu finden? Irmgard Ackermann, die zahlreiche Artikel und Bücher zur „mehrkulturellen Literatur“ in Deutschland publiziert hat, wirft in ihrem Beitrag für das Buch „Schreiben zwischen den Kulturen“ (Fischer, 1996) eine Frage auf: „Wenn man die angeführten Beispiele aus der deutschen Literatur von Autoren anderer Herkunft (...) mit der Darstellung der multikulturellen Realität in Deutschland in den Werken deutscher Autoren vergleicht, so ist nicht zu übersehen, dass die hier lebenden Ausländer in diesen Werken – von Nadolnys exemplarischem Selim oder die Gabe der Rede einmal abgesehen – kaum zur Kenntnis genommen wurden. Wenn Literatur unter anderem auch als Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen gesehen werden kann, so scheint hier ein blinder Fleck zu sein.“

Ein blinder Fleck vieler Schriftsteller deutscher Muttersprache? Oder der Verlagsprogramme, von denen sie abhängig sind? Oder ein Verdrängungsmechanismus in einer Gesellschaft, die sich über Türkensprache gut amüsieren kann, aber arg viel mehr über Fremdheit im Eigenen auch nicht wissen will?

Nach wie vor gibt es vor allem kleine und nur einige große Verlage, die Literatur von Migranten publizieren. Und wohl niemand wünscht sich die Zeit zurück, als jeder Betroffenheitsschmerz reihenweise gedruckt wurde. Doch wie groß ist das Interesse an kritischen, heiklen, bohrende Fragen aufwerfenden Themen, wie sie in den Anfängen der Mirgantenliteratur auf der Tagesordnung waren? Punktet nur noch das Exotische? Und hier und da eine poetische Spitzenleistung interkultureller Schriftsteller? Und die anderen bleiben mit ihren Manuskripten zwischen Melonen, Kulturen und allen Stühlen sitzen.

Aber, wird man sagen, Verlage müssen marktorientiert produzieren. Also liegt es am Publikum? In ihrem Vortrag „Migration und Kultur“, während der Tagung „Mainzer Migranten Litera-Tour“ 1996, ging die Schriftstellerin Christa Dericum auf Sigmund Freud ein, der uns gelehrt habe, dass wir die Fremden seien. Sie fuhr fort: „Wenn wir das Fremde als Teil unseres eigenen Unbewussten erkennen, schwinden die Ängste und das Fremde (als Wesentliches am anderen) wird vertraut, integraler Teil des Selbst. Welche Chance für das Zusammenleben, welche Bereicherung des Lebens und der Kultur! Aber dieses Land ist immer wieder das Deutschland aus Heinrich Heines Versen, das alte, unbewegliche, wehrige Deutschland. (...) Wir sind die Fremden! Wir werden erst zu Hause sein, wenn die Hunde zahm und die Tore offen sind, wenn Menschenrechte und Freundschaft keine leeren Formeln bleiben. Eine Utopie? Gewiss. Es geht jedoch darum, die Utopie in die Topie zu überführen.“

Menschenrechte, Utopie, Freundschaft – davon fehlt mir etwas, wenn es um die Literatur von Migranten geht. Von Integration wird viel geredet. Aber von Freundschaft? Yüksel Pazarkaya thematisiert in seinem Essay über „Die Hochzeit der Kulturen“ die Janusköpfigkeit der gegenseitigen kulturellen Durchdringung, da es „dafür in einer Gesellschaft wie der unsrigen einer gewaltigen Kraftanstrengung bedarf. Diese Energie wäre besser investiert, wenn man sich einbringt und zugleich Originalität, Eigenständigkeit bewahrt. Ich will damit auf eine bekannte Gefahr hinweisen, dass Impulse von außen zwar verändern, jedoch selber verschlungen werden und eingehen. Im kulturellen Geflecht besteht diese Gefahr der Nivellierung auch und gerade bei gut gemeinter Pflege. Nicht einer besonderen Pflege bedarf also das Zusammenleben und Zusammenwirken, sondern Anerkennung und Akzeptanz im Sinne der Gleichberechtigung ...“



Ayşe Erkmen: Das Haus / Ev / The House, 1993/2008. Leuchtstoffrren, Ayse Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin, Foto: Jens Ziehe

Originalität, Gleichberechtigung – ja, davon haben viele geträumt, als sie die „kalte“ neue Heimat explizit beim Namen benannten. Und Integration – bedeutet das nicht die Wiederherstellung des Ganzen, die Herstellung einer Einheit? Im Wortursprung schon! Chamissos Peter Schlemihl gibt seinen Schatten für ein Glückssäckel her. Doch seine Schattenlosigkeit wird ihm zum Verhängnis. Bis er schließlich den vermeintlichen Glücksspender wegwirft. Auch fortan muss er zwar schattenlos leben. Doch indem der lange Gedemütigte das bürgerliche Glück in der Gesellschaft nicht mehr vermisst, wird er wahrhaft frei für die Erforschung der Welt, und lässt an seinen wunderbaren Erkenntnissen alle Menschen teilhaben. Ein utopisches Märchen? Gewiss. Aber ein zuversichtliches. Und wenn den Enkeln Chamissos die Hoffnung zwischendurch versiegt, bleiben noch immer die Worte des in der Champagne geborenen, in Berlin gestorbenen Dichters: „Überall bin ich der Fremde. Ich wünsche mir so sehr, alles zu umarmen ...“

DER VERFASSER IST SCHRIFTSTELLER UND BUNDESVORSITZENDER DES VERBANDES DEUTSCHER SCHRIFTSTELLER (VS) IN VER.DI ■

Der Text ist zuerst erschienen in KUNST+KULTUR, kulturpolitische Zeitschrift von ver.di

KULTURELLE BILDUNG IN DER BILDUNGSREFORMDISKUSSION – Konzeption Kulturelle Bildung III

Hrsg. vom Deutschen Kulturrat
Max Fuchs
Gabriele Schulz
Olaf Zimmermann
480 Seiten, 22,80 Euro

Bestelladresse:
Deutscher Kulturrat,
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Fax: 030/24 72 12 45,
E-Mail: post@kulturrat.de



Zur Vielfalt in Europa stehen

Das Europäische Jahr für den Interkulturellen Dialog 2008 / Von Barbara Gessler-Dünchem

Ob das nun eine Selbstverständlichkeit oder eine ganz neue Erkenntnis ist: das Gesicht der Gesellschaft hat sich verändert und für Europa gilt das ganz besonders. Die Mitgliedsstaaten erkennen, teilweise durchaus auf schmerzhafteste Art und Weise, dass Migration durch Zu- und Abwanderung, je nach Standpunkt, zu einem allgemeinen europäischen Phänomen geworden ist. Innereuropäische Wanderungsbewegungen und Zuwanderung aus Drittstaaten tragen dazu bei und haben sich im Laufe der Jahre verstärkt.

Innerhalb Europas haben die Vollendung des Binnenmarkts genauso wie die letzten Erweiterungen erheblich dazu beigetragen, dass sich Menschen innerhalb der EU als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch als Studierende oder Pensionäre über ihre Heimatgrenzen hinaus bewegen, um in einem anderen EU-Land über einen kürzeren oder längeren Zeitraum zu leben. Die „Globalisierung“ wiederum hat gerade in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sich Menschen mit verschiedenster Motivation auf den Weg nach Europa machen und zwar, entgegen der landläufigen Meinung, nicht nur mit Ziel Deutschland, sondern besonders auch in den Süden wie nach Spanien oder Italien, aber auch nach Irland oder Großbritannien.

In einigen Staaten der EU ist der Zuzug aus den ehemaligen Kolonien schon sehr viel länger Realität, in anderen wiederum besteht schon lange Erfahrung mit „Gastarbeitern“. Die Auswirkungen auf die aufnehmende Gesellschaft sind entsprechend der Herkunft der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger natürlich sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dabei geht es nicht immer zwangsläufig um Menschen einer „anderen“ Religionsgemeinschaft; Unterschiede resultieren auch aus Tradition, sozialer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Realität, ethnischer Zugehörigkeit oder Sprache. Diese Situation liefert den Hintergrund für das „Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs“: eine Herausforderung gemeinsam annehmen und in eine Chance verwandeln. Die Europäische Kommission legte dementsprechend im Jahr 2006 dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten einen Vorschlag vor, der mit dem Instrument eines Europäischen Jahres Aufmerksamkeit für das Thema schaffen wollte. Dabei geht es immer um kulturelle Vielfalt in Europa, die nationale und die regionale, die durch den Dialog, wie schon in Maastrichter Vertrag postuliert, geschützt und gefördert werden soll. De facto jedoch drehen sich, und zwar nicht nur in Deutschland, viele Debatten in dieser Hinsicht um eine sehr pointierte Darstellung des Dialogs mit dem Anderen, nämlich um den Umgang mit dem Islam. Auch in den Diskussionen um die formelle Verabschiedung des Europäischen Jahres hatte dieser Aspekt eine breite Rolle gespielt.

In einer vorbereitenden EU-weiten Umfrage aus 2007 hatten drei von vier Europäern erklärt, dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einem anderen ethnischen, nationalen und religiösen Hintergrund das Leben in ihrem eigenen Land bereicherten. Dies gilt, so die Umfrage, besonders für junge Menschen. Gleichzeitig sind aber auch fast ebenso viele Europäer der Meinung, dass junge Menschen Familientraditionen bewahren sollen. Etwa ein Viertel der Europäer gibt sich eher kosmopolitisch und sieht trotz der Bereicherung durch andere Kulturen keine Notwendigkeit, die familiäre Tradition zu wahren. Dabei ist es wenig erstaunlich, dass die Untersuchung einen direkten Link zwischen dem Bildungsgrad und der Offenheit gegenüber anderen Kulturen und deren potentiellern Nutzen aufzeigt.

Dementsprechend zieht sich, der Natur eines solchen Europäischen Jahres gemäß, der Faden Interkultureller Dialog durch einige Politikbereiche und ist somit keinesfalls, wie vielleicht noch vor Jahresfrist unter Kulturschaffenden erhofft, eine Spielwiese nur für die Kulturpolitik im strikten Sinne. Vielmehr ergeben sich ganz besonders klare Verbindungen in den Bildungsbereich, der wiederum in direkter Relation zum Nutzen interkultureller Kompetenzen für den Einzelnen steht. In seinen Schlussfolgerungen vom Mai 2008 hat denn auch der Kulturministerrat, obwohl er natürlich den Zusammenhang mit dem Bemühen um Lebenslanges Lernen herstellt, auch die Bedeutung der Anstrengungen in der Bildungspolitik betont. Die Erlangung interkultureller Kompetenzen bedeutet auch die Entwicklung sozialer oder sprachlicher Kompetenzen, die wiederum nicht nur abstrakt gesellschaftliche Notwendigkeiten darstellen, sondern auch zu besseren Be-



Ayşe Erkmen: Weichwanzgnu, aus Installation Kuckuck, 2003, Tierprarat auf schienengeförmtem Rollpodest, Zeitschaltuhr. Ayşe Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin, Naturmuseum St. Gallen/Kunstmuseum St. Gallen, Foto: Stefan Rohner

schäftigungsmöglichkeiten führen; in Anbetracht der Ängste und Sorgen um das soziale Europa, die sich auch durch Eurobarometer-Umfragen erhärten lassen, ist dies eine nicht unerhebliche Größe. Über die Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund im Bildungssystem hat die Kommission am 3. Juli 2008 einen Konsultationsprozess eingeleitet. Selbstverständlich umfasst das Europäische Jahr denn auch angrenzende Politiken im Bereich Jugend, Medien, Migration oder Forschung und weist schon auf das Europäische Jahr der Kreativität 2009 hin, da interkultureller Dialog sicher dazu angetan ist, das Umfeld für die Entwicklung von Kreativität und Innovation zu befördern.

Die Funktionsweise eines Europäischen Jahres besteht im Wesentlichen in einer emblematischen und symbolischen Auseinandersetzung mit einem bestimmten Thema in ganz Europa. Seit ihrer Existenz Beginn der 1980er Jahre umfassen Europäische Jahre eine sehr breite Palette an gesellschaftlichen Bereichen, über die in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit geschaffen werden soll. Die Entscheidung darüber, welches Thema in den Fokus gerückt werden soll, ist nicht selten Gegenstand heftiger Debatten, die geleitet werden von unterschiedlichen Vorstellungen darüber, welches gesellschaftliche Thema eine entsprechende europaweite Relevanz entwickeln kann und bekommen soll. Es wird somit letztendlich (formell in Rat und Parlament) von der politischen

Mehrheit bestimmt. Die Sensibilisierung erfolgt nicht nur über Finanzierung, sondern im besonderen Maße auch durch die Berücksichtigung des Themas im öffentlichen, politischen Diskurs. Ziel ist es, den grenzüberschreitenden Austausch zu dem entsprechenden Schwerpunkt zu fördern und insbesondere, für 2008 besonders bedeutsam, einen „Show-case“ für bereits bestehende Projekte der Zivilgesellschaft zu bieten.

In der Umsetzung verfügt die Europäische Kommission über einen bestimmten finanziellen Rahmen, den sie, im Falle der letzten Jahre, durch Ausschreibung für europaweite Projekte sowie durch die Förderung nationaler Aktivitäten ausschöpft.

Die 10 Millionen Euro für dieses Jahr des Interkulturellen Dialogs flossen nicht nur in so genannte, mehrere Mitgliedstaaten umfassende, „Flagship-Projekte“ auf der Europäischen Ebene, wie z.B. eine Rundfunkkampagne, ein Jugendvideoprojekt, die Schaffung eines kommunalen Netzwerks oder gezielte Projekte zugunsten von Grundschulern, sondern auch in eine Reihe ambitionierter Europa-Debatten, wo auf höchstem Niveau kontrovers über besondere Aspekte des Interkulturellen Dialogs diskutiert wird. Bekannte Künstlerpersönlichkeiten fungieren als Botschafter für das Jahr, aber auch viele andere Organisationen der Zivilgesellschaft oder öffentliche Organe von Fußballvereinen bis Opernhäusern

unterstützten die Aktion. Gleichzeitig sollten speziell in diesem Jahr explizit auch Drittstaatsangehörige und Menschen, die nur vorübergehend in der EU leben, die Möglichkeit bekommen, sich zu engagieren, was in vielen EU-Projekten sonst keinesfalls eine Selbstverständlichkeit darstellt. Die nationale Koordinierungsstelle in Deutschland, das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, hat, im Gegensatz zu den meisten anderen Mitgliedstaaten, entschieden, nicht nur ein nationales Projekt mit dem ihr zur Verfügung stehenden Betrag von 680.000 Euro zu kofinanzieren, sondern hat, nach einer Ausschreibung und breiter Konsultation, acht Projekte mit höchst unterschiedlichen Schwerpunkten ausgewählt. Im Sinne der Nachhaltigkeit werden auch andere Ressorts in die Bemühungen um das Thema einbezogen. Einen Überblick über alle Projekte liefert die Seite <http://www.interculturaldialogue2008.eu>.

Das Interesse am Europäischen Jahr ist groß: bis Anfang Oktober hatten 550.000 diese Website besucht. Nur in Slowenien, wo das Jahr gelauncht wurde, gab es mehr Presseresonanz als in Deutschland, wo bislang 1.700 Artikel zum Thema erschienen.

DIE VERFASSERIN IST LEITERIN DER REGIONALEN VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION IN BONN 

Kulturell komplexe Gesellschaften

Rückblick auf ein Jahr des interkulturellen Dialogs auf nationaler Ebene / Von Kristin Bäßler

In Deutschland leben gegenwärtig etwa 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus rund 200 Staaten. Diese machen rund 19 % der Gesamtbevölkerung aus. Bei den unter 25-Jährigen beträgt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund mehr als ein Viertel. Jedes dritte Kind im Alter von null bis sechs Jahren hat einen Migrationshintergrund. Rund 10,4 Millionen Menschen haben eigene Migrationserfahrung. Doch ist unsere Gesellschaft transkulturell? Wie sieht unser Zusammenleben aus? Leben wir nur friedlich nebeneinander oder findet tatsächlich ein Dialog auf Augenhöhe statt?

Führt man sich die Bevölkerungszahlen vor Augen wird einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist, die Themen Migration, Integration und interkultureller Dialog auf die politische Agenda zu setzen. Mit dem „Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008“ hat die Europäische Union dies getan. Das mit 10 Millionen Euro finanzierte Programm unterstützt Projekte und andere Gemeinschaftsaktionen, die sich dem interkulturellen Dialog verschrieben haben. Die Koordinierungsstelle des „Jahres zum interkulturellen Dialog“ ist beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die nationale Geschäftstelle bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ansässig. Die anvisierten Förderungsbereiche waren vor allem Kultur, Bildung, Jugend, Sport sowie das Thema Unionsbürgerschaft.

Europäische Strategien

In ihrem Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zum „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs (2008)“ skizziert die EU-Kommission die allgemeinen Ziele des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs wie folgt: Die Förderung des interkulturellen Dialogs soll als Instrument für den Erwerb von Kenntnissen, Qualifikationen und Fähigkeiten verstanden werden, um sich in einem offeneren und kulturell komplexeren Umfeld zurecht zu finden sowie die Chancen zu nutzen, die sich durch eine von Diversität geprägte Gesellschaft innerhalb und außerhalb Europas bieten. Zudem sollen alle in Europa lebenden Menschen für das Konzept einer aktiven und weltoffenen Unionsbürgerschaft, die kulturelle Unterschiede achtet und auf gemeinsamen Werten der Europäischen Union basiert, sensibilisiert werden. So wurden für das Jahr 2008 Aktivitäten, Informations- und Kommunikationskampagnen auf nationaler und europäischer Ebene in Zusammenarbeit mit den Medien geplant, Initiativen zur Förderung des interkulturellen Dialogs auf nationaler und europäischer Ebene unterstützt sowie Studien bezüglich der Wirkung des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs und längerfristige Folgemaßnahmen gefördert.

Nationale Strategien

Auf nationaler deutscher Ebene wurden im Rahmen des „Jahres des interkulturellen Dialogs“ insgesamt acht Projekte gefördert, die alle den Aspekt Bildung – sei es Weiterbildung, schulische oder außerschulische Bildung – berücksichtigen. Die „Nationale Strategie für Deutschland zur Umsetzung des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008“ kann unter http://ec.europa.eu/culture/archive/dialogue/pdf_word/strategy_germany_en.doc abgerufen werden. Hauptanliegen ist der Dialog, der von gegenseitigem Respekt vor der jeweils anderen Kultur gekennzeichnet sein soll. Menschen sollen vor Ort zu den verschiedenen Aspekten des interkulturellen Dialogs ins Gespräch kommen und durch den direkten Kontakt mit anderen Kulturkreisen positive Erfahrungen machen. Darüber hinaus erklärte die Bundesregierung, dass alle Strategien zur Förderung des interkulturellen Dialogs nur erfolgreich sein können, wenn sie gleichzeitig von der Zivilgesellschaft akzeptiert, aufgenommen und getragen werden.

Das Ziel: nachhaltiger interkultureller Dialog

Deswegen wurde für die Umsetzung dieses Jahres in Deutschland auch ein Ansatz gewählt, der insbesondere die Zivilgesellschaft mit einbezieht. Demnach wurden folgende acht Projekte unterstützt:

- Verschiedene Aktionstage mit unterschiedlichen Schwerpunkten zum Interkulturellen



Ayşe Erkmen: Am Haus, 1994. Oranienstraße 18/Heinrichplatz, Berlin: 40 Wortsendungen aus Plexiglas auf Putz. Ayşe Erkmen, Courtesy Galerie Barbara Weiss, Berlin. Foto: Jens Ziehe

- Dialog, koordiniert vom Deutschen Volkshochschulverband.
- Das Projekt „Interkulturalität als Motor für Bildung und Wissenschaft – Bildung und Wissenschaft als Motor für Interkulturalität“ des Landes Brandenburg, bei dem neun Projekte zu unterschiedlichen Themenfeldern des interkulturellen Dialogs stattfanden, die von Studierenden, Wissenschaftlern, Schulen, gesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft bearbeitet wurden.
- Der sächsische Kinder- und Jugendfilmdienst, bei dem medienpädagogisch ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins z.B. in Kindergärten und Schulklassen nach dem Ansehen eines ausländischen Films verschiedene Nachbereitungsmodelle anbieten, die die Aufarbeitung des Filminhalts erleichtern und schwierige Inhalte verstehen helfen.
- Das Projekt „Heimathafen Berlin“ der Bürgerstiftung Berlin. Ziel der Stiftung ist es, die Integrationsfähigkeit insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen sowie sozial benachteiligte Kinder zu fördern. In einem so genannten Open Space Forum setzten sich 100 Berliner Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft und religiöser Prägung mit dem Thema „Interkultureller Dialog“ auseinander.
- Das Projekt „Interkultureller Dialog über Grenzen hinweg“ der Stadt Münster. Das Projekt beinhaltete parallel stattfindende Dialoge in Münster und dem niederländischen Twente sowie eine binationale interkulturelle Dialogveranstaltung für alle Bevölkerungsteile. Außerdem wurde ein multimedialer Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler mit Prämierung und anschließender Wanderausstellung durchgeführt.
- Der EU Dialogue Award des Zentrums für Europäische Bildung. Der Wettbewerb sollte das Internet als Plattform für den Dialog zwischen Schulen in Europa nutzen und dazu anregen, in trilateralen gemeinsamen Projekten zum Thema „Interkultureller Dialog“ zu arbeiten. Die Aufgabe bestand darin, eine Webseite zu entwickeln, die sich mit einem oder mehreren Aspekten mit dem Thema Interkultureller Dialog auseinandersetzt.
- Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland wird in Zusammenarbeit mit dem European Council of Jewish Communities ein Seminar in Berlin abhalten, um die muslimisch-jüdische Koexistenz zu fördern. Teilnehmer werden muslimische und jüdische Studierende und junge Arbeitnehmer aus ganz Europa sein, die über kulturelle Aspekte diskutieren.

- 20 Dialogveranstaltungen „Schulische und außerschulische Dialog- und Bildungsarbeit mit multireligiösen (abrahamischen) Teams“, die vom Interkulturellen Rat in Deutschland durchgeführt wurden. Die Teams setzten sich aus jeweils einer bzw. einem Angehörigen der christlichen, jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften zusammen und diskutierten und informierten über die Grundzüge ihrer Religion.

Alle Projekte und Aktionen sollen einen nachhaltigen interkulturellen Dialog herstellen und somit dafür Sorge tragen, dass die im Jahr 2008 erreichten Ergebnisse vor allem auch einen Beitrag für einen erfolgreichen interkulturellen Dialog in der Zukunft leisten werden.

Und was gab es noch?

Aber nicht nur diese speziellen Projekte befassen sich in diesem Jahr mit dem interkulturellen Dialog, sondern auch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen anderer zivilgesellschaftlicher Einrichtungen. Im September dieses Jahres veranstaltete die Kulturpolitische Gesellschaft in Dortmund den Kongress „Vielfalt verbindet – die Künste und der Interkulturelle Dialog in europäischen Städten. Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven“. Ziel des Kongresses war es, gute interkulturelle Beispiele und Konzepte der kommunalen Kulturarbeit vorzustellen, die Vorbildcharakter haben. Um demnach den Aspekt „Migration“ in der kommunalen Kulturarbeit stärker zu verankern, hat die Kulturpolitische Gesellschaft im Rahmen dieses Kongresses eine Reihe von Empfehlungen formuliert, u.a.

- die besondere Förderung der Zusammenarbeit von interkulturellen Initiativen, Projekten und Vereinen mit den kommunalen Kultureinrichtungen mit dem Ziel, adäquate Vernetzungen und Programmstrukturen zu entwickeln,
- die kommunale Entwicklung von nachvollziehbaren und nachprüfbare Konzepten und Leitlinien
- die die stärkere Berücksichtigung der Migration in der kommunalen Kulturarbeit sicherstellen sowie
- den barrierefreien Zugang zu Förderprogrammen für Kunst und Kultur für alle Künstler und Kulturschaffende mit Migrationshintergrund zu ermöglichen.

Abschließend fordert die Kulturpolitische Gesellschaft, dass das „Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs“ von den Kommunen als Initialzündung für eine Bestandsaufnahme, kritische Reflektion und die Erarbeitung konkreter Leitlinien und Handlungskonzepte genutzt werden soll.

Vom 20. bis zum 22. Oktober 2008 fand zudem der 2. Bundesfachkongress Interkultur mit dem Motto „Kulturelle Vielfalt und Teilhabe“ in Nürnberg statt. Hintergrund dieses Kongresses war der 1. Bundesfachkongress Interkultur, der 2006 in Stuttgart stattfand. Wesentliche Ergebnisse dieses Kongresses wurden in den „Stuttgarter Impulsen“ festgehalten, in denen insbesondere eine umfassende interkulturelle Öffnung von kulturellen Einrichtungen und Angeboten angeregt wurde. In der Präambel der „Stuttgarter Impulse“ heißt es: „Im Sinne eines Intercultural Mainstreaming sollten die kulturelle Teilhabe und die Ausdrucksmöglichkeiten aller in Deutschland lebenden Menschen zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe werden“. Der Kongress im Oktober 2008 in Nürnberg führte diesen Diskurs weiter und nahm übergreifende Diskurse aus den Bereichen Kultur-, Bildungs-, Jugend- und Integrationspolitik auf. In einzelnen Foren wurden u.a. die Themenbereiche Strategien interkultureller Kulturpolitik, Partizipation in soziokulturellen Einrichtungen, Interkulturelle Bibliotheksarbeit und Bürgerschaftliches Engagement von Migrantenorganisationen und -vereinen diskutiert. Auch die Tagung des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE) „Integrationsförderung durch Migrantenorganisationen – Kompetenzen – Ressourcen – Potentiale und Förderkonzepte in Ost und West“, die ebenfalls im Oktober dieses Jahres stattfand, befasste sich mit der Partizipation von Migrantenselbstorganisationen und thematisierte darüber hinaus, wie die Migrantenorganisationen ihre Potentiale und Ressourcen selbst einschätzen und wo sich Unterstützungsbedarfe abzeichnen. Im Anschluss an den ersten Kongresstag wurde erstmalig der Integrationspreis des Landes Brandenburg vergeben, der an die Projekt- und soziale Regionalentwicklungsgesellschaft Hennigsdorf (Landkreis Oberhavel) ging, die unter anderem einen interkulturellen Nachbarschaftstreff, einen Kinder- und Jugendtreff, ein Zirkusprojekt für Kinder und Jugendliche und das jährliche Sommerfest „Grenzenlos“ organisiert. Zudem wurden zwei Nebenpreise an die ehrenamtlich engagierte Natalja Kerle sowie das Projekt „IKOLKA“, das langzeit Arbeitslose Migranten und Migranten zu Imkern ausbildet, verliehen. Bei allen Veranstaltungen, die zahlreich in einem Jahr des interkulturellen Dialogs stattfanden, sollte nicht vergessen werden, dass das Thema Migration und interkultureller Dialog in vielen Verbänden und Organisationen bereits seit Jahren eine Rolle spielt. So insbesondere bei den Wohlfahrtsverbänden, im Sport und den Kirchen. Zu nennen sind u.a. die Arbeit der Ausländerseelsorge der katholischen und evangelischen Kirche oder die Honnefer Migrationstage der Caritas, die dieses Jahr bereits zum 13. Mal stattfanden. Dieses Mal unter dem Motto: „Miteinander reden – gemeinsam denken. Interkultureller Dialog in der Einwanderungsgesellschaft“.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTUR-RATES ■

Impressum

interkultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Andreas Kolb,
Kristin Bäßler

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für
Bildung und Forschung